## Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

# Fachdienst Jugendförderung und Jugendbildungswerk

Vorstellung im Jugendhilfeausschuss
April 2016

## Gesetzliche Grundlagen für die Arbeit der Jugendförderung/Jugendbildungswerk

- **SGB VIII § 11 Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit**
  Außerschul. Bildung, Partizipation und Teilhabe als Kernaufgabe der kommunalen Kinder- und Jugendförderung
- **HKJGB § 35 ff Inhalte und Aufgaben der außerschulischen Jugendbildung (JBW), Träger, Förderung und Finanzierung**
- **SGB VIII § 12 Förderung der Jugendverbände**
  Richtlinien für die Anerkennung der Förderwürdigkeit von Marburger Jugendgemeinschaften und
  Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit in der Universitätsstadt Marburg
- **SGB VIII § 13 Jugendsozialarbeit**
  Sozialpädagogisches Handeln an Schule und Schnittstelle zu Jugendberufshilfe (Hilfen zum Ausgleich der Benachteiligung, Förderung schulischer, beruflicher und sozialer Integration)
- **SGB VIII § 14 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz**
  Prävention: Suchtgefahr, Medienschutz, Gewaltprävention, Extremismus
  Ganzheitliche Stärkung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen
- **SGB VIII § 79 Gesamtverantwortung, Grundausstattung**
  Innerhalb der Jugendhilfe Bereitstellung von Mitteln für die Jugendarbeit, Planungsverantwortung

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT

21.04.2016

JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Prinzipien unserer Arbeit

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- Freiwilligkeit und Offenheit

- Subjekt- und Bedürfnisorientierung
- Teilhabe und Inklusion
- Ressourcenorientierung
- Arbeit in vernetzten Strukturen

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT

21.04.2016

JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Jugendförderung und Jugendbildungswerk - hier sind wir zu finden -

- Haus der Jugend
  - Jugendtreff „Volle Hütte“
  - Kinderclub
  - Medienclubs
  - Mädchencafé

- Freizeitgelände Stadtwald
  - Marburger Abenteuer Projekt
  - Kinder- und Jugendcamp
  - Spiel- und Lernort
  - Bildungsstätte

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT

21.04.2016

JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Jugendförderung und Jugendbildungswerk - hier sind wir zu finden II -

- Kinder- und Jugendclubs in 13 Stadtteilen
- An Schulen
  - Sozialpädagogisches Handeln an Schulen
    - Schule am Schwanhof
    - Emil-von-Behring-Schule
  - Soziale Gruppenarbeit an der Schule am Schwanhof

Schule am Schwanhof

EvB

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Personalressourcen

- Hauptamtlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im pädagogischen Bereich
- Verwaltungsangestellte
- Technische Mitarbeiter
- Teamerinnen und Teamer, die kontinuierlich und saisonal bei uns arbeiten

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Inhaltliche Schwerpunkte

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Angebote über das Jahr

- Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Projekte, Kurse und Workshops
- Mädchenarbeit
- Maribel – Marburg informiert Babys Eltern
- Beratung und Fortbildungen
- Präventiver Jugendschutz
  - suPPOrdJu
  - Jugendmedienschutz
- Projekte im Bereich Jugendhilfe – Schule
- Regiestelle VBO

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# In den Ferien

- Ferienspiele im Stadtwald
- Ferienbetreuungen
- Ferienpass
- Spielmobil
- Freizeiten im In- und Ausland

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT

21.04.2016

JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Veranstaltungen

- Spielzeugbörse
- Eispalast
- Girls‘ Day / Boys‘ Day
- Final Cut – Das Marburger Kinder- und Jugendfilmfestival
- Join the Band – Bandbörse
- Internationaler Mädchentag
- Internationale Kinder- und Jugendbegegnungen
- Fachtagungen

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT

21.04.2016

JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Jugendbildungswerk

- Berufsorientierung
- Patenschaftsprojekt „Alt hilft Jung“
- Peer-Group-Projekt

- Politische und kulturelle Bildung
- Kinder- und Jugendparlament

- Medienarbeit
- Netzwerk Medienkompetenz *klick*

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

# Herausforderungen für die Zukunft

- Kooperationen mit Schulen

Carl-Strehl-Schule
Brüder-Grimm-Schule
Richtsberg-Gesamtschule
Emil-von-Behring-Schule
Sophie-von-Brabant-Schule
Schule-am-Schwanhof

- Familienfreundlichkeit

- Jugendgerechte Kommune
- Inklusion

Inklusion bewegt!

MARBURG UNIVERSITÄTSSTADT 21.04.2016 JUGEND FÖRDERUNG BILDUNGSWERK

Für ihre Aufmerksamkeit…
Vielen Dank!
MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT
21.04.2016
JUGEND FÖRDERUNG
BILDUNGSWERK

# Niederschrift
# Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
# DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

| | |
|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Donnerstag, 21. April 2016 |
| **Sitzungsbeginn:** | 16:05 Uhr |
| **Sitzungsende:** | 18:15 Uhr |
| **Ort, Raum:** | Sitzungssaal -2.23, Fachbereich Kinder, Jugend, Familie<br>Friedrichstraße 36, 35037 Marburg |

**Anwesend waren vom Ausschuss:**

Bürgermeister Dr. Franz Kahle
Frau Kirsten Dinnebier
Frau Renate Oberlik
Herr Ulrich Severin
Herr Hans-Werner Seitz
Frau Dorothee Griehl-Elhozayel
Herr Henning Köster
Frau Cornelia Mietz
Frau Christina Hey
Herr Erwin Schnell
Herr Heiko Manz
Herr Frank Harries
Frau Katja Meißner

**Anwesend waren weiterhin:**

| | |
|---|---|
| als beratende Mitglieder: | Herr Markus Klonk |
| von der Verwaltung: | Frau Ulrike Munz-Weege, Frau Petra Feußner, Herr Oliver Bein, Herr Dieter Eigenbrodt, Herr Björn Kleiner, Frau Susanne Hofmann, Frau Monika Stein, Herr Peter Schmittdiel, Herr Werner Meyer, Herr Jost Schmidt, Herr Wolfgang Wege (alle Fachbereich Kinder, Jugend, Familie), Frau Monique Meier, Herr Erhard Zentner (Sozialamt und Jugendberufshilfe) |
| als Gäste: | Herr Aljoscha Tischkau (St. Martin-Haus) , Herr Kai Abraham (ev. FBS), Frau Karin Ackermann-Feulner (BSF), Frau Sylvie Cloutier (Ausländerbeirat), Herr Alexander Thys (JUKO), Frau Iris Dehmel, Herr Björn Wisker (OP), Frau Simona Lison (Servicestelle Jugendhilfe-Schule), Frau Corinna Zander (SKF), Frau Bernadette Baumgarten (KiTa Fachausschuss) |

Bürgermeister Dr. Kahle teilt dem Jugendhilfeausschuss nochmals offiziell mit, dass Herr Christian Meineke, Jugendamtsleiter, am 24.03.2016 nach schwerer Krankheit verstorben ist. Bürgermeister Dr. Kahle zeigt die beruflichen Schritte von Herrn Meineke auf und würdigt seine Lebensleistung, besonders in der Kinder- und Jugendhilfe sowie für die Integration und die Gemeinwesenarbeit in der Universitätsstadt Marburg. Insgesamt löst der plötzliche Tod von Herrn Meineke Betroffenheit und Trauer aus und stellt für das Jugendamt und die Stadt Marburg einen großen Verlust dar. Bürgermeister Dr. Kahle lädt alle Anwesenden ein, soweit noch nicht geschehen, sich in das bis Pfingsten (13.05.2016) ausliegende Kondolenzbuch im Hause einzutragen. Dieses soll nach Pfingsten an die Witwe, Frau Höpner übergeben werden.
Frau Oberlik äußert für sämtliche Freien Träger persönliche Dankbarkeit an Herrn Meineke für die zuteil gewordene Unterstützung der Freien Träger.

## TOP 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls vom 04.02.2016

Bürgermeister Dr. Kahle eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und in beschlussfähiger Anzahl erschienen sind. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen und das Protokoll ohne Änderungen genehmigt.

## TOP 2 Bericht aus den Fachausschüssen, den Arbeitsgemeinschaften §78 Kinderbetreuung und §78 Stationäre Hilfen und dem Jugendamt

Fachausschuss Kinderbetreuung:
Frau Baumgarten berichtet, dass der Fachausschuss Kinderbetreuung getagt hat und sich schwerpunktmäßig mit Kindern und Familien mit Fluchterfahrungen beschäftigt hat sowie der sich daraus ergebenden Fragestellung nach dem Bedarf an Ganztagsplätzen für Kinder mit Fluchterfahrungen in der Innenstadt. Aus dem Jugendhilfeausschuss wird der Wunsch nach einer schriftlichen Zusammenfassung zu diesem Thema durch den FA geäußert. Frau Mietz sichert dies für das Ende der Betrachtung des Themas zu.

AG §78 Kinderbetreuung:
Herr Manz teilt mit, dass die AG 78 am 15.03.2016 in den Räumen der IKJG getagt und sich unter anderem mit den Themen: Sachstand der Sprachförderung, Inanspruchnahme von externer Fachberatung, der Kommunalen KiTa-Satzung und Umsetzung derselben durch die Freien Träger, Erfahrungsaustausch im Bereich der Stellenbesetzung für KiTa's und Krippen, dem Sachstand zu Freien KiTa- und Krippenplätzen, Erfahrungsaustausch zur Anwendung der Software Kigawin im U3-Bereich und Themenplanung für 2016 beschäftigt hat.

Fachausschuss Jugendförderung:
Herr Klonk teilt mit, dass der Fachausschuss getagt und sich schwerpunktmäßig mit der Begleitung und Förderung von Kindern mit Fluchterfahrungen beschäftigt hat.

Fachausschuss Erziehungshilfe:
Der Fachausschuss Erziehungshilfe hat im Februar und April getagt. Herr Schnell erläutert die Schwerpunkte. Dies war zum einen die Auswertung der Untersuchung von Hilfen für junge Volljährige. Dazu hat sich der Fachausschuss rund 80 Fälle aus den Jahren 2011 bis 2013 der Träger St. Elisabeth-Verein, Jugendheim Marbach und dem Gertrudisheim unter der Fragestellung Verlauf, Bewilligung und Erfolg der Hilfen angeschaut. Der Fachausschuss wird die Ergebnisse seiner Auswertung im Jugendhilfeausschuss im Juni 2016 vorstellen. Zum anderen hat sich der Fachausschuss mit dem Thema Vormundschaften, ehrenamtliche Vormundschaften auseinandergesetzt und diesen Punkt erneut im Mai 2016 auf der Tagesordnung.

AG §78 Stationäre Hilfen:
Frau Meißner teilt mit, dass die AG 78 am 03.03.2016 im Haus der Jugend getagt hat. Die AG 78 hat sich schwerpunktmäßig bzw. fast ausschließlich mit der Thematik der UMA, dem aktuellen Sachstand und der Darstellung der Angebote von damals 113 UMA beschäftigt. Des Weiteren erfolgte der Austausch über die Entwicklungsstände seitens der Unterbringungsmöglichkeiten durch die Freien Träger und über den pädagogischen Alltag der UMA. Seinerzeit stand die Entwicklung eines sportorientierten Angebots durch die bsj und die Gruppeneröffnung des St. Elisabeth-Vereins in Dagobertshausen bevor.

Bericht aus dem Jugendamt:
Bürgermeister Dr. Kahle teilt mit, dass Herr Meyer die kommissarische Jugendamtsleitung übernommen hat. Daneben vertreten die Fachdienstleitungen weiter ihre Bereiche. Die kommissarische Jugendamtsleitung ist erforderlich, da der Jugendamtsleiter als solches kraft Gesetzes eigenständige Aufgaben hat, die er unabhängig vom Magistrat ausübt. Es ist beabsichtigt, dass die Stelle der Jugendamtsleitung/Fachbereichsleitung im Lauf des Jahres intern und extern ausgeschrieben wird.
Die Herren Wege und Schmidt erläutern den Stand bei der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA). Aktuell sind 116 UMA, wovon bereits 23 volljährig sind, in der Universitätsstadt Marburg untergebracht. Es muss davon ausgegangen werden, dass im Laufe des Jahres insgesamt weitere Personen volljährig werden, so dass am Ende des Jahres etwa 40 junge Volljährige betreut werden. Auf Grund der äußeren Entwicklungen - Schließung der Balkanroute - erfolgen seit Februar 2016 keine neuen Zugänge von UMA mehr. Aktuell gibt es keine neuen Quotenberechnungen seitens des Landes und das Jugendamt agiert gemeinsam mit den Freien Trägern vorsichtig bei der Projektierung neuer Angebote. Insgesamt kann die Situation in Marburg als maßvoll gut aufgestellt bezeichnet werden. Bei einem Ortstermin konnten Herr Schmidt und Herr Wege die neue Einrichtung in Dagobertshausen gemeinsam mit dem Ortsbeirat kennen lernen. Seitens des Jugendamtes konnte eine äußerst positive Haltung des Ortsbeirates zu dieser Einrichtung wohlwollend wahrgenommen werden.
Bürgermeister Dr. Kahle dankt den Freien Trägern für die die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, in dem es praktisch eine Verfünffachung der Plätze für UMA von ungefähr 20 auf 100 gegeben hat. Aus dem Jugendhilfeausschuss heraus wird nach Hilfeverläufen gefragt, ob eine Entwicklung für 2017 und 2018 im Bereich der UMA-Betreuung absehbar ist, ob mit integrativen Gruppen gearbeitet werden wird, ob es Auswirkungen durch die Gesetzgebung konkret in Marburg auf den Familiennachzug zu UMA gibt. Seitens des Jugendamtes wird davon ausgegangen, dass die Hilfen in der Regel bis zum 21. Lebensjahr erforderlich sind, so dass auch die steigende Anzahl von Volljährigen in den nächsten 2 bis 3 Jahren zu Bedarfen bei der Versorgung in Marburg führen werden.
Herr Meyer teilt mit, dass es im September die 194. vergleichende Prüfung geben wird. Hieran sollen in erster Linie Kindertagesstätten und ggf. Träger von Erziehungshilfen aus den 7 Sonderstatusstädten in Hessen teilnehmen.
Herr Schmittdiel berichtet über die Veranstaltung von MaBison am 19.04.2016 im Jugendamt, mit dem Schwerpunktthema „Natur“, unterstützt durch den Fachdienst Stadtgrün und den bsj. Hierbei gab es 3 Arbeitsergebnisse:
1. Vorgeschlagen wurde die Bildung eines Kuratoriums zur Unterstützung von MaBison.
2. Die Bildung von Arbeitsgruppen für die verschiedenen Themenfelder: Sport, Natur und Kultur.
3. Es soll im Herbst eine weitere öffentliche Informationsveranstaltung zur Weiterentwicklung von MaBison geben.
Daneben wies Herr Schmittdiel auf die in der Anlage befindliche Presseerklärung des Bündnisses Soziale Stadt hin.

## TOP 3 Aktuelle Haushaltssituation der Universitätsstadt Marburg

Bürgermeister Dr. Kahle erläutert die aktuelle Haushaltssituation der Universitätsstadt Marburg und die durch den Oberbürgermeister verhängte Haushaltssperre für das laufende Kalenderjahr. Für 2016 ist im Wesentlichen beabsichtigt, die wegfallenden Gewerbesteuereinnahmen durch Umstrukturierung der Investitionsmaßnahmen zu kompensieren. Die Haushaltslage stellt sich

perspektivisch mehr im Ergebnishaushalt und weniger im Finanzhaushalt als grundsätzlich problematisch dar, da sich hier aus verschiedensten Gründen ein tiefgreifendes strukturelles Defizit entwickelt hat, mit der Folge, dass die Ausgaben die Einnahmen regelmäßig übersteigen und somit ein unausgeglichener Ergebnishaushalt vorliegt. Dadurch fehlen freie Mittel, die eigentlich im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden sollen, um Mittel für den Finanzhaushalt, sprich für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Ein Scheitern der Konsolidierungsbemühungen der Universitätsstadt Marburg würde bedeuten, dass ein unausgeglichener Ergebnishaushalt zu einer Haushaltssperre durch die Aufsichtsbehörde führen würde und dann nur gesetzliche und vertragliche Pflichtleistungen getätigt werden dürften. Der Ausgleich des Haushaltes, besonders des Ergebnishaushaltes in den Jahren 2016 und 2017, stellt eine besondere Herausforderung dar. Bürgermeister Dr. Kahle erläutert, dass der Oberbürgermeister in Absprache mit den Dezernenten in der kommenden Woche für den Ergebnishaushalt 2016 allen Dezernaten ein Sparziel von 5% vorgeben wird. Bürgermeister Dr. Kahle erläutert, dass auf Grund der bisher noch fehlenden Koalitionsbildung und schwierigen Mehrheitsverhältnissen die Verabschiedung des 2. Nachtragshaushaltes ein schwieriges Unterfangen ist. Seitens der Verwaltung werden die geforderten Zuarbeiten geleistet werden. Er versichert, dass im laufenden Jahr alle gesetzlichen und vertraglichen Leistungen erbracht werden. Der Oberbürgermeister prüft auch die Kündigung von Verträgen für die Zukunft. Gegenwärtig stehen alle Ausgaben, aber insbesondere die Investitionsausgaben, nochmals auf dem Prüfstand, um für die neugewählte Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit zu politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Bürgermeister Dr. Kahle erläutert die bereits getätigten Überlegungen zu Einsparungen im Investitionsbereich am Beispiel der KiTa „Am Teich“. Hier soll in 2016 lediglich die Planung erfolgen und der eigentliche Bau nach 2017 verschoben werden. Insgesamt soll es nicht zu abrupten Abbrüchen, sondern zu einer verträglichen Schiebung von Maßnahmen kommen. Er bittet die Freien Träger zu bedenken, dass gegenwärtig der gesamte Haushalt auf dem Prüfstand steht und die somit nach dem 1. Nachtrag vorliegende Haushaltssatzung nicht dahingehend belastet werden sollte, dass auf Grund dieser Zahlen Dispositionen getätigt werden, die in einem möglichen 2. Nachtragshaushalt zurückgenommen werden müssten. Er mahnt zur Besonnenheit. Bei konkreten Fragestellungen stehen Bürgermeister Dr. Kahle sowie die Verwaltung für Nachfragen zur Verfügung.

## TOP 4 Entwicklungsperspektiven der Jugendförderung

Frau Munz-Weege und Frau Hofmann präsentieren mittels der anliegenden Power-Point-Präsentation die Ist-Situation und Entwicklungsperspektiven des Fachdienstes Jugendförderung. Sie werden begleitet von Frau Feußner, Herrn Bein, Herrn Eigenbrodt und Herrn Kleiner. Im Anschluss dankt Bürgermeister Dr. Kahle für die gelungene Vorstellung der Jugendförderung und weist nochmals ausdrücklich auf die Verdreifachung der Lohnkosten über das Gesetz zum Mindestlohn hin, welches es dem Jugendamt untersagt, Teamer (studentische Hilfskräfte) unterhalb des Mindestlohns zu vergüten. Die Angebote der Jugendförderung verzeichnen eine stetig steigende Anfrage und somit steigenden Bedarf, insbesondere in den kleinen Ferien (Ostern, Herbst und Winter/Weihnachtsferien).

## TOP 5 Ganztageskinderbetreuung

Für den Fachausschuss Kinderbetreuung gibt Frau Mietz anhand der in der Anlage befindlichen Tischvorlage einen Überblick über den Bedarf an Ganztagsplätzen in der Universitätsstadt Marburg, hier insbesondere im Bereich der Innenstadt. Der Fachausschuss bittet, dass ihm der Jugendhilfeausschuss den Auftrag erteilt die Situation der Kinderbetreuung im Hinblick auf die fehlenden Ganztagsplätze in Marburg fundiert darzustellen und Lösungsvorschläge hierzu zu erarbeiten. Die Problematik wird im Ausschuss erörtert und diskutiert. Bürgermeister Dr. Kahle als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses unterstützt den gewünschten Auftrag und hält gute Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung/Ganztagskinderbetreuung für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Marburg für unerlässlich. Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig: Der Fachausschuss soll die Situation der Kinderbetreuung im Hinblick auf die fehlenden Ganztagsplätze in Marburg fundiert darstellen und Lösungsvorschläge hierzu erarbeiten.

**TOP 6 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**TOP 7 Verschiedenes**

Bürgermeister Dr. Kahle gibt den Flyer des Gleichberechtigungsreferates zur Europawoche 2016 in Hessen vom 30.04.2016 bis zum 09.05.2016 in Umlauf, sowie den Flyer zum Marburger Integrationswettbewerb 2016 und die Einladung Hessen total international, Fachtag „Aktuelles aus der internationalen Jugendarbeit“ am Freitag, dem 13.05.2016 im Rathaus in Marburg.

Marburg, den 22. April 2016

gez.

Dr. Franz Kahle
Vorsitzender

gez.

Wolfgang Wege
Protokoll

**Stellungnahme des FA Kinderbetreuung zum Thema „Bedarf an Ganztagsplätzen“**

Der FA Kinderbetreuung beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Thema der Integration von Kindern mit Fluchterfahrungen in Marburger Kinderbetreuungseinrichtungen. Auf seiner Sitzung am 9.2.2016 ging es auch um die Auswirkungen auf die Gesamtplanung; innerhalb der letzten Monate wurden zeitgleich 20 bis 30 Kinder mit Fluchterfahrungen in den Kitas der Stadt Marburg betreut. Der Bedarf ist steigend.

**Status Quo**

Im Innenstadtbereich und den angrenzenden Stadtteilen (Cappel, Richtsberg, Marbach, Wehrda, Süd- und Nordviertel, Ortenberg, Stadtwald und Waldtal, Ockershausen) sind derzeit keine freien Ganztagesplätze verfügbar. Zukünftig werden mit dem Ausbau einer weiteren Gruppe in Ockershausen, dem Ausbau der Kita Philippshaus, dem Neubau Karlsbader Weg sowie der Planung einer weiteren Gruppe in Cappel (verbunden mit einem Neubau der Kita Am Teich) weitere Ganztagesplätze zur Verfügung stehen. Diese reichen aber nicht aus, um den Bedarf an Ganztagesplätzen zu decken und gleichermaßen den Standard von 20 Kindern pro Gruppe wieder herzustellen.

Der Fachausschuss sah sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Situation konfrontiert, dass es vom Wechsel aus einer Krippe/ der Kindertagespflege keinen wohnortnahen (Ganztages-)platz in eine Kindertagesstätte gab.
Aus unserer fachlichen Sicht ist dies u. a. mit folgenden Problemen verbunden:

- Familien nehmen weite Wege in Kauf, nehmen interimsweise einen Halbtagesplatz an oder lassen ihre Kinder länger in den Krippen. Folgen hiervon sind u. a.
  - Neue Krippenkinder erhalten keinen Platz und der Träger hat erhebliche finanzielle Einbußen durch wegfallende U3-Landesmittel.
  - Krippen werden überbelegt, was pädagogisch weder sinnvoll noch wünschenswert ist
  - Familien haben große Schwierigkeiten die weitere Betreuung (bis 17:00Uhr) zu organisieren
- Derzeit wird der Standard von 20 Kindern pro Gruppe in fast keiner Kindertageseinrichtung der Innenstadt eingehalten. Auch in einigen Krippen muss der Standard von 10 Kindern pro Gruppe überschritten werden.

**Der Blick nach vorn**

Nach den Berechnungen der Jugendhilfeplanung der Stadt Marburg sind steigende Geburtenraten in der Stadt Marburg zu verzeichnen („Sachstand Ausbau Kinderbetreuung“ im JHA vom 04.02.2016) Hinzu kommt der Zuzug von Familien, hierunter subsumieren wir auch Familien mit Fluchterfahrungen. Nach Aussagen des Sozialamtes werden Plätze in Kindertageseinrichtungen vor allem im Innenstadtbereich benötigt (Aufnahme von je 100 Menschen am Hainweg und in der Maurerstraße).

Weitere zusätzliche Herausforderungen durch die nicht planbaren Aufnahmen von Kindern mit Fluchterfahrungen kommen erkennbar auf die Stadt Marburg und die Trägerlandschaft zu. Die angespannte Lage bei der Platzvergabe erlaubt kein Freihalten von Plätzen; die Platzvergabe erfolgt bereits i. d. R. ein halbes Jahr im Voraus um die notwendige Planbarkeit für Familien zu gewährleisten. Ein Überschreiten von Qualitätsstandards sollte ein temporäres Instrument sein, um kurzfristige Bedarfe zu kompensieren. Abschiebungen und Wegzug von Familien erschweren eine längerfristige Platzplanung mit erheblichen finanziellen Risiken für die Träger.

Die Mitglieder des Fachausschusses konstatieren, dass trotz aller Bemühungen seitens der Stadt Marburg bezüglich der Schaffung weiterer Ganztagsangebote für Kinder ab drei Jahren und dem engagierten Einsatz von Trägern und Fachkräften aktuell keine ausreichende Anzahl von Ganztagsplätzen im Innenstadtbereich verfügbar sind und wir sehen uns für den bereits jetzt erkennbaren zukünftigen Mehrbedarf nicht optimal aufgestellt.

Der Jugendhilfeausschuss wird gebeten dem Fachausschuss folgenden Auftrag zu erteilen: Der Fachausschuss soll die Situation der Kinderbetreuung im Hinblick auf die fehlenden Ganztagesplätze in Marburg fundiert darstellen und Lösungsvorschläge hierzu erarbeiten.

Marburg, 12.04.2016
Für den Fachausschuss: Birte Schlesselmann und Cornelia Mietz

## "Bündnis für eine Soziale Stadt in Hessen" im Gespräch mit der Landesregierung

Ende Februar trafen sich die Staatssekretärin des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Dr. Beatrix Tappeser und der Staatssekretär des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration Dr. Wolfgang Dippel gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des „Bündnisses für eine Soziale Stadt in Hessen“ zu einem Austauschgespräch im Gebäude des Hessischen Landtags. An diesem Gespräch nahmen 25 Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses aus insgesamt 19 hessischen Kommunen teil.

Im „Bündnis für eine Soziale Stadt Hessen“ sind zahlreiche Kommunen, Träger der Wohlfahrtspflege, Unternehmen der Wohnungswirtschaft und Verbände zusammengeschlossen. All diese in ihren Tätigkeitsfeldern so unterschiedlichen Organisationen sehen die Notwendigkeit, sich für das Fortbestehen des Programms „Soziale Stadt“ und die dahinterstehende Strategie einzusetzen. Mit ihrem Engagement zeigen die Bündnispartner, dass sie mit Nachdruck an der Fortentwicklung sozialer Stadtteilentwicklung zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere in Hessen arbeiten wollen.
Die Mitglieder des Bündnisses haben erkannt, dass soziale Stadtteilentwicklung aufgrund der Herausforderungen sozialräumlicher Ungleichheiten und der verstärkt zu leistenden Integrationsarbeit in den Quartieren eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe ist. Gleichzeitig sehen sie Potentiale und Ressourcen, die in den vorwiegend demographisch jungen, durch kulturelle Vielfalt gekennzeichneten Stadtteilen und Wohnquartieren zu finden sind und die mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellungen entwickelt und genutzt werden sollten. Auf Grundlage der Erfahrungen und Erkenntnisse aus einer mehr als fünfzehnjährigen Programmumsetzung „Soziale Stadt“ vertreten die Bündnispartner nachdrücklich die Position, dass soziale Stadtteilentwicklung über die befristete Intervention eines Städtebauförderprogramms hinaus strukturell zu verankern und als langfristige gemeinsame Strategie von Land, Kommunen und Stadtteilakteuren zu organisieren ist.
Vor diesem Hintergrund begrüßten die anwesenden Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer des "Bündnisses für eine Soziale Stadt in Hessen" das Zustandekommen des Gesprächs mit Staatssekretär Dr. Dippel und Staatssekretärin Dr. Tappeser sehr. Gleichzeitig erhoffen sich die Bündnispartner, als Folge dieses ersten gemeinsamen Gesprächs, eine zukünftige Verstärkung und einen systematischen Ausbau der interministeriellen Zusammenarbeit.
Staatssekretärin Dr. Tappeser lobte den gemeinsamen Ansatz der beiden Häuser bei diesem wichtigen Termin: "Ich begrüße es sehr, dass unser heutiges wichtiges Treffen mit den Bündniskommunen Ressort übergreifend stattfindet. Synergieeffekte in der Förderlandschaft zugunsten der sozialen Quartiersentwicklung zu erzielen, erscheint mir ein Gebot der Stunde zu sein. Wir möchten den Kommunen bei den gegenwärtigen und den sich verstärkt abzeichnenden künftigen Herausforderungen eine optimale Unterstützung bieten."

Erfreut zeigten sich die Bündnismitglieder auch darüber, dass das Land Hessen 10,4 Mio. Euro Fördermittel für das Programm Soziale Stadt und 4,3 Mio. Euro zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in den diesjährigen Landeshaushalt eingestellt hat.
Staatssekretär Dr. Dippel betonte in diesem Zusammenhang, dass die ursprünglich in den Haushalt 2015 für die Förderung der Gemeinwesenarbeit eingestellten Mittel in Höhe von 1,8 Mio. € für 2016 um 2,5 Mio. € auf 4,3 Mio. € aufgestockt wurden. Das Land Hessen leiste damit einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des „Hessischen Aktionsplanes zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“.
Im weiteren Gesprächsverlauf wurden zunächst die Erfolge, die das Soziale-Stadt-Programm in den bisherigen Standorten erreicht hat, hervorgehoben. Das Programm wird auf kommunaler Ebene als unverzichtbares Instrument zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf angesehen. Das Bündnis plädiert daher für Folgendes:

- Die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der geförderten Programmgebiete, darf nicht durch die Konzentration neuer zu bewältigender Aufgaben (insbesondere Integration von Flüchtlingen) überfordert werden.
- Die volle Gegenfinanzierung der Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt durch das Land Hessen in diesem Jahr und die Bereitstellung der GWA-Förderung werden als richtungsweisende und zielführende Unterstützung der kommunalen Aufgaben begrüßt. Gleichzeitig wird die dringend erforderliche, über das Jahr 2016 hinausgehende, langfristige Absicherung der Förderprogramme mindestens in der zurzeit eingestellten Höhe eingefordert.
- Soziale-Stadt-Standorte haben nach Abschluss der städtebaulichen Maßnahmen in der Regel weiterhin dauerhafte Förderbedarfe im sozial-integrativen Bereich. Die bisher kurzen Förderperioden von (Landes-)Programmen (in der Regel zwei bis fünf Jahre) und modellhafte Fördervorhaben sind für die zu bewältigenden Aufgaben nicht zweckmäßig und sollten auf langfristig angelegte verlässliche Unterstützungsformate umgestellt werden.
- Förderprogramme müssen als inklusive Strategie aufgelegt und dürfen nicht zielgruppenspezifisch aufgesplittet werden. Separate Programme für bestimmte Zielgruppen wirken sich eher spaltend aus. Unbedingt zu vermeiden ist, dass sich nicht geförderte Gruppen als ausgegrenzt und benachteiligt wahrnehmen.
- Die Zusammenführung und Bündelung verschiedener Förderinstrumente (auch des Landes) wird gefordert, damit eine punktgenaue und nachhaltige Unterstützung geleistet werden kann.
- Verlässliche Weiterförderungen für ausgeförderte Soziale Stadt Standorte sind notwendig, um erreichte soziale Aufwertungen zu erhalten und nicht durch das Wegbrechen von Unterstützungsstrukturen erneute Abwärtsspiralen zu verursachen. Hier ist eine Optimierung der Förderpraxis unabdingbar.
- Auch auf die einsetzende Überforderung der im Rahmen der Flüchtlingsbegleitung ehrenamtlich Tätigen wird hingewiesen. Hier wird schnell professionelle Entlastung benötigt.
- Hinsichtlich des umfänglichen Mangels an bezahlbarem Wohnraum, wird auch diesbezüglich eine deutliche Verstärkung von Programmen zur Förderung von Sozialem Wohnungsbau erwartet. Neue Wohnanlagen sollten jedoch nicht (nur) in den schon stark belasteten Quartieren entstehen. Zudem sollten verstärkt landeseigene Grundstücke für den Wohnungsbau zügig erschlossen werden.
- Zusätzlich sind Sanierungsprogramme für Altbestände erforderlich, um deren Wohnqualität auch durch energetische Modernisierungsmaßnahmen aufzuwerten.
- Ein höchstes Maß an Transparenz und Beteiligung ist bei allen Vorhaben und Planungen - insbesondere bei Bauvorhaben - unbedingte Voraussetzung, um die Akzeptanz der jeweils betroffenen Menschen zu erreichen.
- Weitere Themenbereiche, die in den Fördergebieten eine relevante Bedeutung einnehmen und in der Förderstrategie eine deutliche Gewichtung erfahren müssen, sind u. a. Bildungsgerechtigkeit, ausreichende Ausstattung von Schulen und Kitas, Beschäftigungsförderung und Mobilität. Insbesondere der Bereich Schule und Bildung sollte besser eingebunden und in interministerielle Abstimmungen mit einbezogen werden.
- Das Land Hessen, das maßgeblich an der Entwicklung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt beteiligt war, sollte aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen und der zu bewältigenden zusätzlichen Herausforderungen eine neue Bund-Länder-Kommunen-Gemeinschaftsinitiative Integration (und Demographie) erarbeiten.

Zum Abschluss des konstruktiven Gesprächs wurde die Fortsetzung des gemeinsamen Dialogs im Herbst 2016 vereinbart. Da die Kommunen zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben der Gemeinwesenarbeit ein hohes Maß an Integrationsleistungen erbringen müssen, wurde für den nächsten Austauschtermin des Bündnisses mit den Vertretungen der Landesministerien angeregt, auch den Staatssekretär für Integration einzubeziehen.